



Befürchtete soziale Schieflage unter Studierenden durch Corona bestätigt sich - Studiumsfinanzierung muss reformiert werden

Pressemitteilung von Nicole Gohlke, 10. Dezember 2020

„Die Umfrage ‚Studieren während der Corona-Pandemie‘ bestätigt erstmals auf breiter empirischer Basis die Befürchtungen und Warnungen, dass die Corona-Pandemie soziale Schieflagen im Studium verschärft und die soziale Schere weiter auseinandergeht“, so Nicole Gohlke, hochschul- und wissenschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf die aktuelle Umfrage des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW). Gohlke weiter:

„Wenn sich knapp 40 Prozent der erwerbstätigen Studierenden in einer schwerer gewordenen Einkommenssituation befinden, wenn das Einkommen der Eltern von 32 Prozent aller Studierenden in Mitleidenschaft gezogen wurde und ein Zehntel aller Studierenden gar dazu gezwungen ist, wieder bei den Eltern einzuziehen, offenbaren sich tiefe soziale Krisen, die durch die Corona-

Pandemie noch verstärkt werden. Besonders skandalös ist, dass es erneut jene Studierenden trifft, die ohnehin schon großen Barrieren bei der Aufnahme eines Studiums ausgesetzt sind. Wenn Studierende aus Nicht-Akademikerfamilien und internationale Studierende besonders unter der Pandemie leiden, ist das ein Armutszeugnis für den Bildungsstandort Deutschland.

Soziale Schranken werden zu Bildungsbarrieren, obwohl Bildung der Schlüssel für Gerechtigkeit in der Gesellschaft sein müsste. Die Ergebnisse der Studie zeigen erneut, dass der Bundesregierung und Ministerin Karliczek der soziale Kompass abhandengekommen ist. Das BAföG soll eigentlich Sicherheit in der Studienfinanzierung schaffen, befindet sich aber ungebremst im Sinkflug. Die Überbrückungshilfen für Studierende reichen vorne und hinten nicht zum Leben, und Studienkredite schaffen nur eine scheinbare Sicherheit, auf die Zinsen und Verschuldung folgen. Karliczek muss sich endlich den Realitäten stellen: Wir brauchen eine spürbare Anstrengung für alle Studierende und eine grundsätzliche Reform des BAföG. In einem ersten Schritt müssen die Fördersätze und Freibeträge im BAföG deutlich angehoben werden und das BAföG endlich zur Bekämpfung der Krisenfolgen geöffnet werden. Wenn es hierfür noch eines Beweises bedurft hat, liegt er nun vor. Karliczek muss handeln."